



UNFPA FNUAP

United Nations Population Fund **Fonds des Nations Unies pour la population**

Weltbevölkerungsbericht 2000

Frauen und Männer – getrennte Welten?

Die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern schränkt das Potenzial des Einzelnen, von Familien und ganzen Staaten ein. Gleichberechtigung ist ein Menschenrecht und gleichzeitig eine notwendige Voraussetzung für die gesamte menschliche Entwicklung. Dies stellt der Weltbevölkerungsbericht 2000 des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) heraus.

Trotz der herausragenden Veränderungen des 20. Jahrhunderts sind Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen und Mädchen nach wie vor überall auf der Welt kulturell fest verwurzelt. Rollenbilder, die festlegen, wer ein „echter Mann“ ist und was „Frauensache“ ist, werden von einer Generation zur nächsten weitergegeben und sind nur schwer zu verändern.

Diese Einschränkung fordert einen hohen Preis. Weltweit werden Frauen und Mädchen der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung verwehrt. Millionen werden Opfer von Missbrauch und Gewalt. Frauen dürfen häufig ihre Rechte nicht in Anspruch nehmen, wenn ihnen überhaupt welche zugestanden werden. Sie werden häufig medizinisch schlechter versorgt als Männer. Entfaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz werden ihnen verwehrt und sie verdienen weniger als Männer für die gleiche Arbeit.

Auch Männer und Gesellschaften bezahlen einen Preis. Dennoch wurde die Diskriminierung von Frauen bis vor wenigen Jahren als unwichtig abgetan oder vollständig ignoriert. Nicht einmal Statistiken gab es zu diesem Thema. Auch wenn viele Ländern inzwischen damit begonnen haben, die Rechte von Frauen zu schützen und ihre Gleichberechtigung zu fördern, vollziehen sich vielerorts Fortschritte nur sehr langsam.

Die geschlechtsbedingte Diskriminierung wird nicht von allein enden. Um wirklich etwas zu verändern, müssen alle Beteiligten sich über dieser Widersprüche klar werden. Die Diskriminierung muss auf allen Ebenen von Ländern, Gemeinschaften und Familien abgeschafft werden.

Geschlecht und Gesundheit

Die Ungleichheit der Geschlechter schädigt die Gesundheit von Frauen und verhindert, dass sie sich gleichberechtigt in die Gesellschaft einbringen können. Die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen begrenzen die Kontrolle von Frauen über ihre eigene Sexualität und ihr Vermögen, sich gegen ungewollte Schwangerschaften oder sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich HIV/AIDS, zu schützen. Junge Mädchen sind dabei besonders gefährdet.

Weil viele Frauen keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit haben, kommt es in vielen Fällen zu ungewollten Schwangerschaften, unsicheren Abtreibungen, Todesfällen und Verletzung durch Schwangerschaft und Geburt, die an sich vermeidbar wären. Geschlechtsbedingte Gewalt – einschließlich Vergewaltigung, Misshandlung in der Ehe und Genitalverstümmelung – beeinträchtigen die Gesundheit von Frauen, ihr Wohlergehen und ihre Teilnahme am sozialen Leben.

Der freie Zugang zu Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, einschließlich Familienplanung, war eine der zentralen Maßnahmen, auf die sich die Weltgemeinschaft 1994 auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo geeinigt hatte. Die Länder stimmten darin überein, dass die Gleichberechtigung von Frauen und der Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen für die Entwicklung des Einzelnen und der Gemeinschaft von höchster Bedeutung sind.

Während des „Kairo+5“-Folgeprozesses fünf Jahre nach der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz einigten sich die Regierungen auf weitere Meilensteine, wie etwa

- den Analphabetismus von Frauen und Mädchen auf dem Stand von 1990 bis 2005 zu halbieren
- den ungedeckten Bedarf an Familienplanung bis 2005 zu halbieren und bis 2015 völlig abzuschaffen
- die Infektionsrate mit HIV/AIDS unter Jugendlichen durch entsprechende Informationen und Dienstleistungen bis 2010 um ein Viertel zu verringern
- sicherzustellen, dass bis 2015 weltweit 90 Prozent der Geburten von Fachpersonal betreut werden.

Sie verständigten sich auch darauf, dass Schwangerschaftsabbrüche dort, wo sie nicht gegen das Gesetz verstoßen, sicher und für jede Frau zugänglich sein sollen.

Jeden Menschen überall auf der Welt mit Dienstleistungen der Familienplanung zu versorgen, ist eine große Herausforderung. Heute sind weltweit schätzungsweise ein Drittel aller Geburten – rund 80 Millionen – ungewollt oder zumindest zeitlich ungelegen. Wenn Frauen die Zahl an Kindern haben würden, die sie sich wünschen, würden Familien in Weltdurchschnitt um ein Kind kleiner sein.

Innerhalb der nächsten 15 Jahre wird die Zahl der Menschen in Entwicklungsländern, die Verhütungsmethoden anwenden, voraussichtlich um mehr als 40 Prozent auf 742 Millionen steigen – vorausgesetzt die entsprechenden Dienstleistungen stehen zur Verfügung. Ursache dafür ist das schnelle Bevölkerungswachstum und der steigende Bedarf an Verhütungsmitteln.

Frauen eine sichere Mutterschaft zu ermöglichen, ist eine weitere Priorität. Jedes Jahr sterben in Entwicklungsländern 500.000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Nur 53 Prozent der Geburten in Entwicklungsländern werden von Fachpersonal betreut, das heißt, etwa 52,4 Millionen Frauen werden jedes Jahr medizinisch vernachlässigt. Rund 30 Prozent der Frauen, die in Entwicklungsländern ein Kind bekommen, nehmen an keiner Vorsorgeuntersuchung teil.

Qualitativ hochwertige Versorgung vor, während und nach einer Geburt ist entscheidend für eine sichere Mutterschaft. Dennoch spielt auch Geburtsnothilfe eine wichtige Rolle. Bei Komplikationen während einer Geburt entscheidet der schnelle Transport der werdenden Mutter zu einer Gesundheitsstation häufig über Leben und Tod.

Jährlich werden schätzungsweise 50 Millionen Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen vorgenommen – 20 Millionen davon unter unsicheren Bedingungen. Etwa 78.000 Frauen sterben infolge einer unsicheren Abtreibung, viele andere leiden unter lebenslangen Verletzungen. Jede vierte Abtreibung wird bei einem Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren vorgenommen. Ein verbesserter Zugang zu Familienplanungsdiensten ist mit Sicherheit der beste Weg, um Abtreibungen zu verhindern. Um die Müttersterblichkeit zu verringern, müssen Frauen auch nach einem Schwangerschaftsabbruch Zugang zu medizinischer Versorgung haben.

34,2 Millionen Männer, Frauen und Kinder waren am Ende des Jahres 1999 mit dem HI-Virus infiziert. 16,3 Millionen Menschen sind bereits an der Immunschwächekrankheit AIDS gestorben. HIV/AIDS ist inzwischen Todesursache Nummer eins in Afrika und die vierthäufigste Todesursache weltweit. 5,4 Millionen Menschen haben sich allein 1999 neu mit dem tödlichen Virus infiziert, vier Millionen davon in Afrika südlich der Sahara. In Afrika übertrifft die Zahl der infizierten Frauen die der infizierten Männer um zwei Millionen. Programme, die die Gleichberechtigung und das Engagement von Männern fördern, können dazu beitragen, die Verbreitung der Seuche aufzuhalten.

Ein weiteres großes Gesundheitsproblem ist die Genitalverstümmelung, von der weltweit rund 130 Millionen Frauen betroffen sind – vor allem in Afrika und Westasien. Weil die Beschneidung der weiblichen Geschlechtsorgane fast immer unter unhygienischen Bedingungen und ohne Betäubung vorgenommen wird, kommt es häufig zu ernsthaften Infektionen, Schockzuständen und sogar Todesfällen. Die Gesundheit

vieler Frauen wird durch diese Praktik ein Leben lang beeinträchtigt. Genitalverstümmelung erhöht das Risiko für Frauen beträchtlich, bei einer Geburt zu sterben.

Programme zur Verbesserung der reproduktiven Gesundheit, die geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigen, können die Gleichberechtigung von Frauen und ihre Gesundheit entscheidend fördern. Immer häufiger beziehen Programme daher die Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse innerhalb von sexuellen Beziehungen ein ebenso wie zwischen Dienstleistern und Kunden sowie Gemeinschaften und ihren Meinungsführern. Nichtregierungsorganisationen (NGO) spielen für diese Dienstleistungen eine wichtige Rolle, insbesondere in heiklen Bereichen, wie etwa die reproduktive Gesundheit von Jugendlichen.

Junge Leute sind häufig großem Gruppendruck und sozialen Erwartungen ausgesetzt, die einem verantwortlichen Sexualverhalten entgegenwirken. Viele Mädchen werden zu frühem und unsicherem Sexualverkehr gezwungen, etwa durch sexuellen Missbrauch, Kinderehen oder Armut. Verheiratete und unverheiratete Jugendliche haben meist keinen Zugang zu Informationen und Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit. Die Ausbildung von jungen Leuten zu Jugendberatern kann einen verantwortungsbewussten Umgang mit Sexualität fördern. Eltern und andere Erwachsene sollten lernen, wie sie Jugendlichen Informationen und Rat bieten können.

Auch Männer können Problemen der reproduktiven Gesundheit ausgesetzt sein, insbesondere durch sexuell übertragbare Krankheiten, Impotenz und Unfruchtbarkeit. Viele Männer wollen auch weniger Kinder zeugen und einen größeren zeitlichen Abstand zwischen den Geburten, doch weder sie noch ihre Frauen wenden eine Verhütungsmethode an. Bislang haben sich die reproduktiven Gesundheitsdienste für Männer vor allem auf sexuell übertragbare Krankheiten konzentriert. Der Anteil der Anwendung von Verhütungsmethoden, die Männern zur Verfügung stehen, hat in den letzten Jahren abgenommen. Gute Programme können bei Männern das Wissen über und den Gebrauch von Verhütungsmitteln deutlich erhöhen.

Geschlechtsbedingte Gewalt

Mindestens jede dritte Frau wird in ihrem Leben geschlagen, zum Sexualverkehr gezwungen oder in einer anderen Weise missbraucht – meist von jemandem, den sie kennt. Jede vierte Frau wird während einer Schwangerschaft missbraucht. Über 60 Millionen Mädchen „fehlen“ aufgrund von selektiver Abtreibung, Kindesmord oder Vernachlässigung – überwiegend in Asien.

Zwei Millionen Mädchen im Alter zwischen fünf und 15 werden jedes Jahr der Prostitution zugeführt. Schätzungsweise 5.000 Frauen fallen jährlich so genannten „Ehrenmorden“ zum Opfer, meist ist der Täter ein Familienmitglied. Vergewaltigung, körperliche Misshandlung und andere Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt sind weltweit weit verbreitet.

Viele Kulturen dulden oder tolerieren ein gewisses Maß an Gewalt gegen Frauen. In manchen Regionen wird Männern das Recht zugesprochen, ihre Ehefrau nach ihrem Ermessen zu disziplinieren. Sogar Frauen meinen häufig, dass ein gewisses Maß körperliche Gewalt unter bestimmten Bedingungen gerechtfertigt ist.

Der Rechtfertigung von Gewalt gegen Frauen liegt die verkehrte Sichtweise auf die Rollen und Verantwortlichkeiten in Beziehungen zugrunde. Die Ereignisse, die zu dieser Gewalt führen, sind weltweit fast immer dieselben: Ungehorsam gegenüber dem Ehemann, Gegenrede, Verweigerung von Sex, Unpünktlichkeit im Bereitstellung von Mahlzeiten, Vernachlässigung der Kinder oder des Haushalts, Geldangelegenheiten oder das Verlassen des Hauses ohne seine Erlaubnis.

Gewalt kann die reproduktive Gesundheit von Frauen und ihr Wohlergehen extrem beeinträchtigen. Zu ihren Auswirkungen zählen ungewollte Schwangerschaften, unsichere Abtreibungen, chronische gynäkologische Probleme, sexuell übertragbare Krankheiten, einschließlich HIV/AIDS, psychische und emotionale Probleme, die sogar schlimmer sein können als der körperlicher Schmerz.

Nichtregierungsorganisationen setzen sich aktiv gegen die Gewalt gegenüber Frauen ein. Afrikanische Nichtregierungsorganisationen haben erfolgreich den Kampf gegen die Beschneidung von Frauen

angeführt. In Kolumbien unterstützen und schulen Frauengruppen Vergewaltigungsopfer. Eine Gruppe in Bosnien hat 20.000 Frauen und Kinder beraten, die Opfer von sexueller Gewalt wurden.

Männer, reproduktive Gesundheit und Gleichberechtigung

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen kann nur mit der Unterstützung der Männer beendet werden – insbesondere innerhalb der Familien.

Die Einstellungen und Verhaltensweisen von Männern werden von stereotypen Definitionen von Männlichkeit und „richtigem Mannsein“ stark geprägt. Diese Stereotypen sind jedoch unrealistisch und prädestiniert Fehler, Druck und Probleme in Beziehungen zu verursachen. Männer, die den an sie gestellten Erwartungen, stark und kompetent zu sein, nicht entsprechen, ziehen sich häufig in Desinteresse zurück, flüchten sich in Drogen oder Alkohol oder greifen zu Gewalt und gehen übertriebene Risiken ein.

Frauen und Männern zu helfen, über ihre Rollen und Verantwortungen zu sprechen, unterstützt die Familien, schützt die reproduktive Gesundheit und verringert die Ungleichbehandlung der Geschlechter und geschlechtsbedingte Gewalt. Eine Studie auf den Philippinen weist nach, dass die häusliche Gewalt dann am geringsten ist, wenn Männer und Frauen offen ihre Probleme besprechen und gemeinsam Entscheidungen treffen.

Das Verhalten von Männern ist veränderbar. In Indien haben männliche Gesundheitsarbeiter andere Männer dazu gebracht, sich für die Gesundheit von Frauen zu interessieren und sie im Haushalt zu unterstützen. Auch in Nicaragua haben Kurse über die Machtverhältnisse der Geschlechter die geschlechtsbedingte Gewalt verringert und das Verantwortungsbewusstsein hinsichtlich der Sexualität gesteigert.

Der Preis der Diskriminierung

Ebenso gravierend wie das menschliche Leiden, das durch die Diskriminierung von Frauen entsteht, sind die sozialen und wirtschaftlichen Kosten. Die Ungleichbehandlung begünstigt Männer und sogar manche Frauen und macht sie blind für produktive Alternativen. Und weil die Verantwortlichkeiten, Herausforderungen und Lasten bei Frauen nicht gefördert werden, wird ihre Effektivität vermindert.

Die Arbeit von Frauen wird häufig unterbewertet, vor allem weil sie meist im informellen Sektor arbeiten. Bessere Buchführung könnte in dieser Hinsicht Investitionen fördern und die Produktivität steigern. In Kenia hat eine Studie ergeben, dass, wenn weiblichen Farmern die gleiche Unterstützung zuteil wird wie männlichen, ihre Erträge um mehr als 20 Prozent steigen. In Lateinamerika würde ohne die Ungleichheit bei der Entlohnung von Frauen und Männern nicht nur das Gehalt von Frauen um die Hälfte steigen, sondern auch das Volkseinkommen um fünf Prozent zulegen.

In armen Haushalten sterben mehr Mädchen als Jungen im Kleinkindalter, obwohl Mädchen global betrachtet eigentlich größere Überlebenschancen haben. Doch die unzureichende Gesundheitsversorgung in armen Bevölkerungsgruppen wirkt sich stärker auf Frauen aus als auf Männer. Für arme Frauen ist das Risiko, bei Komplikationen während einer Schwangerschaft oder bei der Geburt zu sterben, besonders groß. Zu den wirtschaftlichen Folgekosten des Todes einer Mutter zählen im privaten Bereich der Ausfall ihrer (monetären und nicht monetären) Beiträge zur Familie und das höhere Sterberisiko ihrer Kinder.

Die hohe Infektionsrate mit HIV/AIDS hat in manchen Ländern bereits zahlreiche Opfer gefordert. Sie ist zumindest zum Teil auch auf die Ungleichheit der Geschlechter und das Versäumnis zurückzuführen, in Präventionsmaßnahmen zu investieren. In einigen Ländern hat die Epidemie das Bruttosozialprodukt pro Kopf schätzungsweise um 0,5 Prozent jährlich gesenkt. Die Auswirkungen auf das Gesundheitssystem und die Situation der Armen sind gravierend. In einigen besonders betroffenen Ländern nehmen AIDS-Patienten über die Hälfte der verfügbaren Krankenhausbetten in Anspruch.

Zu den globalen Kosten des Missbrauchs und der Gewalt gegen Frauen zählen direkt die Kosten für die Gesundheitsversorgung, für den Arbeitsausfall, für die Verschärfung der Gesetze und zum Schutz der

Opfer, ihre Unterbringung und Kosten für eine Scheidung. Nach Schätzungen der Weltbank kosten sexueller Missbrauch und Gewalt Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren in Industrieländern rund eines von fünf gesunden Lebensjahren.

Mädchen Bildung vorzuenthalten, verlangsamt die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Investitionen in die Bildung machen sich dagegen bezahlt. Eine Studie kam zu dem Schluss, dass Länder, in denen das Geschlechterverhältnis bei Studierenden drei oder weniger Frauen auf vier Männer beträgt, etwa 25 Prozent Bruttosozialprodukt pro Kopf weniger erwirtschaften, als Länder mit einem ausgeglicheneren Geschlechterverhältnis an Universitäten. Der wirtschaftliche Aufschwung in einigen asiatischen Ländern zwischen den 60er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts hing zumindest zum Teil von der kleinere Familiengröße und den Investitionen in die Ausbildung und Gesundheit von Mädchen ab.

Zwar nimmt das Geschlechtergefälle beim Schulbesuch in den meisten Teilen der Welt ab, in Südasien und in Afrika südlich der Sahara sind sie jedoch immer noch groß. In diese Regionen sind nur weniger als 40 Prozent der Schüler/innen, die die Sekundarstufe besuchen, weiblich.

Weitere Kosten entstehen durch die Pflege von älteren Menschen. Mit der wachsenden Zahl an Alten werden auch die Kosten in diesem Bereich in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Weltweit leben Frauen länger als Männer. Doch trotz ihrer längeren Lebensdauer werden Frauen vom öffentlichen Versorgungssystem meist weniger unterstützt als Männer, weil diese mehr zum formalen Arbeitssektor beitragen.

Frauenrechte sind Menschenrechte

Die Rechte von Mädchen und Frauen sind in einer Reihe von Menschenrechtsverträgen festgeschrieben – angefangen bei der Charta der Vereinten Nationen bis zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Diese Vereinbarungen, die die Regierungen über Jahrzehnte erarbeitet haben und die von der weltweiten Frauenbewegung wesentlich beeinflusst wurden, bilden die rechtliche Grundlage für die Beendigung der Diskriminierung und der geschlechtsbedingte Rechtsverletzungen. Diese Gesetze verpflichten Regierungen, sich für die Gleichberechtigung einzusetzen.

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau von 1979 wurde von 165 Staaten verabschiedet. Im Dezember 1999 wurde das Fakultativprotokoll zu diesem Übereinkommen zur Unterzeichnung vorgelegt und ist, ratifiziert von zehn Ländern, in Kraft getreten. Das Protokoll sieht vor, dass einzelne Frauen und Gruppen Beschwerde gegen Diskriminierungen bei dem entsprechenden Vertragsorgan einreichen können. Darüber hinaus soll es dem Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau ermöglichen, Nachforschungen in Fällen schwerer oder systematischer Verletzung der Menschenrechte von Frauen anzustellen.

Die Wiener Erklärung und das Aktionsprogramm für die Menschenrechte (1993), das Aktionsprogramm der Kairoer Bevölkerungskonferenz und die Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 unterstützen stark die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen. Diese Abkommen sind, auch wenn sie rechtlich nicht bindend sind, kraftvolle Instrumente, um Veränderungen zu bewirken.

Die Programme der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 und der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 legen auch eindeutig fest, was unter reproduktiven Rechten zu verstehen ist. Sie schließen das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit ein, aber auch die freie Wahl bei der Ehe, Sexualbeziehungen und im Hinblick auf die Geburt von Kindern, die Abwesenheit von Gewalt und Zwang und das Recht auf Privatsphäre. Alle diese Rechte sind für die Gleichberechtigung der Geschlechter entscheidend.

Damit diese Rechte für Frauen Wirklichkeit werden, müssen sie ernstgenommen werden – insbesondere von Männern. Bildung und Öffentlichkeitsarbeit sind dazu unerlässlich. Die Rechte von Frauen müssen in die nationalen Politiken, Gesetze und Programme integriert werden.

In den letzten Jahren wurden in der Rechtssprechung viele Siege errungen. Mexiko und Peru beispielsweise haben Gesetze verabschiedet, die den Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit

verbessern. Portugal hat seine Verfassung um eine Artikel ergänzt, der festlegt, dass die Regierung Familienplanung garantieren muss. Botswana, China, Großbritannien, Kolumbien und Vietnam haben die Strafen für verschiedene Sexualstraftaten verstärkt. Bolivien besteht nicht mehr darauf, dass eine Frau als „ehrbar“ gelten muss, um sie als Opfer einer sexuellen Gewalttat anzuerkennen. Deutschland hat die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt. Mehrere Staaten haben Genitalverstümmelung von Frauen als ungesetzlich erklärt. Dennoch muss sich noch vieles verändern.

Engagement für eine bessere Zukunft

Wenn es um die Bedingungen für die Gleichberechtigung der Geschlechter geht, spielen die Regierungen eine entscheidende Rolle, um rechtliche Hindernisse zu beseitigen und Gesetze, Politiken und Programme zu verändern. Politiker und Politikerinnen können sich für die Gleichberechtigung einsetzen und andere ebenfalls dazu ermutigen. Die stärkere Teilnahme von Frauen in der Politik ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Die Regierungen haben sich darauf geeinigt, dass bis 2015 jeder Mensch Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit haben soll. Ihre Kernbestandteile – Familienplanung, Dienste für eine sichere Mutterschaft und der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten – sind für Männer und Frauen gleichermaßen wichtig.

Auch die reproduktive Gesundheit von Männern soll durch Programme angesprochen werden. Ihre Unterstützung ist auch für die Gesundheit von Frauen von Bedeutung. Männer sollen in die Gespräche über die Diskriminierung einbezogen werden und erkennen, wie hoch die Kosten für Frauen, für die Gesellschaft und für sie selbst wirklich sind.

Um die Bedürfnisse von Frauen und Männern festzustellen und Gleichberechtigung zu erzielen, müssen systematische Untersuchungen und Kontrollen der Geschlechterrollen stattfinden. Frauengruppen müssen in die Entwicklung, Umsetzung und Überwachung von Programmen einbezogen werden. Auch die Qualität der Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit muss weiter verbessert werden. Anbieter solcher Dienste benötigen weitere Unterstützung und Training in sensiblen Bereichen, die Männer und Frauen betreffen.

Die Beendigung der Gewalt gegen Frauen benötigt Lobbying, Schulungen zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen, Gesetzesänderungen, Verbesserungen in der Durchführung, sichere Alternativen für die Opfer, Berichtssysteme, Vermittlungs- und Beratungsdienste und die Unterstützung von Gruppen, die Beratungs- und Hilfsdienste anbieten.

Die Abschaffung der Diskriminierung bei Einstellungen, der Entlohnung, Gratifikationen und bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes schließt auch aus, dass Frauen gezwungen werden nachzuweisen, dass sie Verhütungsmethoden anwenden oder nicht schwanger sind. Die unterschiedlichen Sichtweisen von Männern und Frauen sollen in Kampagnen zur Menschenrechts- und Gesundheitserziehung berücksichtigt werden.

Auf lange Sicht sind Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig, um die Diskriminierung zu beenden, bis hin dazu, dass Kinder so erzogen werden, die Ungleichbehandlung der Geschlechter zu erkennen und zu vermeiden. Medien, wie Kino, Radio, Fernsehen und das Internet, können positive Rollenbilder und Vorbilder transportieren.

Eine Intensivierung der Partnerschaft zwischen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Gemeinschaften sind ebenso notwendig, um Menschenrechtsstandards durchzusetzen, wie stärkere Anstrengungen für die allgemeine Grundschulbildung. Der internationale Entwicklungssektor, einschließlich der UN-Organisationen und der Weltbank, muss seine Maßnahmen fortsetzen, um den Geschlechteraspekt in alle Politiken und Programme einzubringen. Um doppelte Bemühungen zu vermeiden und Erfahrungen auszutauschen, müssen Geldgeber untereinander besser zusammenarbeiten.

Von den 5,7 Milliarden US-Dollar, die die Weltgemeinschaft jährlich für Programme der reproduktiven Gesundheit veranschlagt hatte, werden bislang nur 2,1 Milliarden US-Dollar aufgebracht. Auch für Bildung

und das Empowerment von Frauen werden zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt. Obwohl internationale Geldgeber, einschließlich der Stiftungen, die Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung stark unterstützt haben, reichen die Mittel noch lange nicht.

In den letzten Jahrzehnten hat die Aufmerksamkeit für Frauenthemen zugenommen und auch bei der Gleichberechtigung gab es Fortschritte. Auch der Einfluss der Regeln, die die Chancen von Männern und Frauen, ihren sozialen Fortschritt und ihr Verhalten bestimmen, auf die Entwicklung und Gerechtigkeit wurde in letzter Zeit stärker geachtet. Doch soziale Veränderungen sind häufig schwer zu erzielen, vor allem wenn es um grundlegende Beziehungen zwischen Männern und Frauen geht.

Die Veränderung dieser Beziehungen und der Macht- und Glaubenssysteme, die sie unterstützen, sind nicht weniger radikal als andere Entwicklungen, wie etwa die Verstärkung, die Globalisierung und der Umbruch politischer Systeme. Letztlich braucht jede Gesellschaft ihre eigenen Lösungen, um Männern und Frauen ein besseres Leben zu ermöglichen. Diese Lösungen müssen gleichermaßen an ihre Kulturen und Bedingungen angepasst sein und der Vision von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter entsprechen.